

Plenarrede 13.12.2012

Haushaltberatung 2013/14 – Einzelplan 09 (Sozialetat)

Anrede

Damit er nachher nicht hinten wegrutscht und weil er mir wichtig ist, stelle ich an den Anfang meiner Ausführungen den **Dank**.

Namens der SPD-Fraktion danke ich unserer Ministerin Katrin Altpeter und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihrem Haus. Die Mannschaft im Ministerium macht eine gute Arbeit – nicht nur bei der Erstellung des Sozialhaushalts.

Sehr gute Arbeit wird auch geleistet, um die **sozialen Herausforderungen** in unserem Land zu meistern. Engagiert wird gearbeitet

- bei der Pflege unserer sozialen Landschaft
- bei der positiven Gestaltung des demografischen Wandels
- bei der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung für die Menschen in unserem Land,

um nur einige große Themen zu benennen.

Die Herausforderungen sind groß, die soziale Schere öffnet sich.

Von **Mohammed Yunus** stammt das Zitat (Herr Präsident, Sie erlauben):

„Wenn wir **wollen**, können wir Armut in die Museen verbannen.“

Der Friedensnobelpreisträger des Jahres 2006 ist der Überzeugung, dass die **Überwindung der Armut** möglich ist. Wenn dies **politisch gewollt** ist: in den Entwicklungsländern und erst recht dann doch bei uns.

Man kann die programmatische Aussage natürlich auch anders interpretieren: wir können Fragen der sozialen Not, der geminderten Chancen, Fragen von Behinderung oder Krankheit auch in dem Sinn in die Museen verbannen, dass wir sie einfach aus dem Blickfeld drängen - vom Spielfeld unserer Wohlstandsgesellschaft ins Abseits.

Wir Sozialdemokraten wissen wohl, dass an den Rändern unseres Wohlstandes arme Menschen leben und dass die **soziale Spaltung** unserer Gesellschaft fortschreitet.

Meine Damen und Herren in der Opposition – sie wissen das eigentlich auch: Herr Klenk, Herr Hausmann – in der **Zusammenarbeit im Sozialausschuss** habe ich sie als sozial verantwortlich denkende Menschen kennengelernt.

Auch die **Beratung des Einzelplans 09** verlief in einer sachlichen und konstruktiven Atmosphäre und an einigen Stellen sogar einvernehmlich – dafür danken wir.

Verwunderlich ist aber, was ihre Parteifreunde im Bund so treiben: Kollege Lucha hat schon

darauf hingewiesen, aber der Vorgang ist sozialpolitisch so schräg, dass ich ihnen das nicht ersparen kann: der **Umgang mit dem vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.**

Da wird ein Satz wie „Die Privatvermögen in Deutschland sind sehr ungleich verteilt“ oder eine Feststellung, dass die Spreizung der Einkommen in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen hat und dass diese Entwicklung den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet einfach gestrichen.

Diese bittere, deshalb aber nicht falsche Erkenntnis will die schwarz-gelbe Bundesregierung nicht wahrhaben. Aus den Erkenntnissen könnte ja ein **politischer Handlungsauftrag** für Frau Mergel oder Herrn Rösler entstehen.

Also, wenn so mit den Ergebnissen eines Armutsberichts umgegangen wird, bekräftigt dies uns nur, eine eigene landesbezogene Berichterstattung auf den Weg zu bringen.

Wir verschließen nicht die Augen vor den sozialen Herausforderungen.

Die FDP handelt nach dem „Augen zu und durch–Prinzip“. Und die CDU stimmt im Finanzausschuss mit: Ihr Antrag zur Streichung der Mittel für den Armuts- und Reichtumsbericht ist **kein seriöser Sparvorschlag**, sondern ein durchsichtiges **Ablenkungsmanöver**, um die Erhebung von Fakten zu verhindern, die ihnen vielleicht nicht passen.

Die **500 T€**, die für den Armuts- und Reichtumsbericht jährlich eingestellt werden, sind keinesfalls nur für die Datenerhebung, Analyse und Berichterstattung.

Mit dem eingerichteten Expertenbeirat werden Maßnahmen und Projekte entwickelt, die zur Armutsbekämpfung geeignet sind. Aus diesem Topf werden in den Folgejahren auch Mittel bereitgestellt, um Anschubfinanzierungen zu gewähren und Modelle zu erproben.

Die **Bekämpfung von Armut und sozialer Not** ist der Landesregierung und den Regierungsfractionen ein ernstes Anliegen. Wir haben dazu Anträge zum Doppelhaushalt gestellt:

Z.B. beantragen wir die **Erhöhung der Förderung von Maßnahmen für Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten um je 700.000 €**. Damit können Investitionen für Einrichtungen der Gefährdetenhilfe getätigt werden. Die Situation von wohnungslosen Menschen wird verbessert.

Da besteht ein enormer **Förderstau**; 53 Projekte stehen auf der Warteliste.

Mit dem Einsatz von **originären Landesmitteln** verbinden wir aber die Erwartung an die Kommunen, ihren Verpflichtungen in Zukunft besser nachzukommen. Auf Dauer kann das Land nicht Ausfallbürge sein: **die Wohnungslosenhilfe ist eine kommunale Aufgabe.**

Einen weiteren Schwerpunkt zur Bekämpfung sozialer Not setzen wir bei der Verbesserung der Situation von gewaltbedrohten Frauen und Kindern mit **einem Aktionsplan gegen Gewalt und zur Förderung von Frauen und Kinderschutzhäusern** - 400 T€ (2013) bzw. 500T€ (2014).

Das Ministerium hat den Ansatz für **Maßnahmen zu Bekämpfung von Aids von 480 auf 650 T€ erhöht**. Auch diese Förderung kommt unmittelbar einer Personengruppe zugute, die nach wie vor von sozialer Ausgrenzung bedroht und armutsgefährdet ist.

Für Personen, die am Arbeitsmarkt besonders benachteiligt sind, setzen wir auch in 2013 ff das **Landesarbeitsmarktprogramm** mit dem **Konzept „Gute und sichere Arbeit“** fort.

10 Mio € aus Landesmitteln und aus dem Europäischen Sozialfonds sind in den Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit hervorragend angelegt.

Und **das Programm greift** – das kann man bereits nach den ersten Monaten hier mal feststellen:

- Das Modellprojekt **„Sozialer Arbeitsmarkt“** mit dem Passiv-Aktiv-Transfer“ startet nach intensiver Vorarbeit in 40 von 44 Stadt- und Landkreisen. Über 560 langzeitarbeitslose Menschen erhalten zukünftig einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz statt passiver Transferleistungen.
- Über die Programmbausteine **„Assistierte Ausbildung“** und **„Nachhaltige Integration von Langzeitarbeitslosen“** erhalten in den kommenden zwei Jahren rund 8.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an mehr als 100 Projektstandorten eine Förderung; unter anderem werden junge alleinerziehende Mütter in Teilzeit ausgebildet, um damit Kind und Berufsausbildung in Einklang bringen zu können.

Dieses Programm ist ein Erfolg und wird für die nächste sozialdemokratisch geführte Bundesregierung eine echte Steilvorlage.

Herr Klenk, Sie haben das **Landeserziehungsgeld** angesprochen.

Eines vorweg – das können sie mir glauben oder auch nicht: mir als Sozialpolitiker ist die **Entscheidung zur Einstellung des Landeserziehungsgeldes schwer gefallen**.

Ich weiß, dass dieses Geld dort wo es ankommt wirklich auch benötigt wird (bisher 205 bis 240 € pro Kind; geplante Reform ab 01.10.2012: 190 € pro Kind). Deshalb habe ich persönlich an diesem Beschluss schwer verdaut.

Wenn man dann aber die politische Entscheidungsfindung vom Bauch in den Kopf verlagert, kann man über eine Tatsache nicht hinwegsehen: das **Risiko der Anrechenbarkeit** auf die SGB II – Leistungen ist Fakt.

Schließlich rechnet der Bund sowohl das Bundeselterngeld als auch das inzwischen beschlossene Betreuungsgeld auf Hartz IV an.

Da soll ausgerechnet das Landeserziehungsgeld, das in einer ähnlichen Lebenssituation ausgezahlt wird, anrechnungsfrei bleiben?

Und dann steht das Geld denen, die es am nötigsten brauchen, nicht mehr zur Verfügung. Und was wir sicher nicht tun werden, ist mit Landesmitteln den Bundeshaushalt sanieren.

Nicht von der Hand zu weisen ist aber auch die Tatsache, dass das Landeserziehungsgeld zwar eine **individuell wirksame finanzielle Hilfe** war, aber eine **Transferleistung, die an benachteiligten Strukturen nichts ändert**.

Das haben uns übrigens in vielen Gesprächen auch **Vertreter der Wohlfahrtsverbände und andere Sozialpartner bestätigt**.

Aus diesem Grund bauen wir an einer **sozialen Architektur**, die darauf ausgerichtet ist, dass das Land an **strukturverbessernden Maßnahmen** arbeitet. Die Zuständigkeit für direkte Transferleistungen liegt beim Bund.

Zu 100% strukturverbessernd ist z.B. unser **Pakt mit den Kommunen für Familien und Kinder**. Wir halten unser Versprechen gegenüber den Städten und Gemeinden.

Der **Ausbau der Schulsozialarbeit** wird fortgesetzt. Die Erfolgsmeldung lautet: seit 2010 Ausbau um fast 300 Stellen auf momentan 980 VZ-Stellen.

Ab 2014 stocken wir die Förderung um 10 Mio € auf dann **25 Mio €** auf.

Wir halten Wort, weil wir der Meinung sind, dass **Schulsozialarbeit zum festen Angebot unserer Schulen** gehört und deshalb das Land gemeinsam mit den Trägern der Jugendhilfe in der Verantwortung steht.

Meine Damen und Herren von der CDU, dass sie diese Aufstockung ablehnen mit der Begründung, „Schulsozialarbeit sei nicht Aufgabe des Landes“ spricht für sich!

Nochmals kurz zurück zum **Erziehungsgeld**:

Ich sage ihnen voraus: Wenn das unsägliche **Bundesbetreuungsgeld** erst mal eingeführt ist, werden auch Thüringen und Bayern ihr Landeserziehungsgeld abschaffen.

Apropos „Abschaffen“ – unser SPD - Kanzlerkandidat spricht da Klartext – ich zitiere: „Eine der ersten Maßnahmen einer SPD-geführten Regierung wird die Abschaffung des Betreuungsgeldes sein“ – so Peer Steinbrück. Recht hat er.

Ein letzter Satz zum Thema Landeserziehungsgeld.

Sie fordern die Beibehaltung der Mittel in Höhe von rund 30 Mio € für den Doppelhaushalt.

Und als **Hauptdeckungsantrag** fällt ihnen nichts Besseres ein als die Zustimmung zum Steuerabkommen mit der Schweiz.

Ein Abkommen, das Steuerhinterzieher besser stellt als die Steuerzahler, die **solidarisch sind** und mit ihren Beiträgen auch unseren **Sozialstaat am Laufen halten** - das ist ein starkes Stück: ein Schutzabkommen für Steuerhinterzieher zur Finanzierung sozialer Vorhaben!

Meine Herren von der FDP: Ihr **Antrag zur Aufstockung der Verbändeförderung** klingt natürlich sympathisch. Sicher - das Geld ist bei den Sozialverbänden und Organisationen in der Regel gut aufgehoben.

Wir sind auch der festen Überzeugung, dass die Mittel von den Verbänden in wichtige und auch Notwendende Projekte investiert werden.

Dafür danken wir ausdrücklich auch allen, die daran mitwirken, dass Solidarität und Nächstenliebe nicht zu Fremdworten in unserer Gesellschaft werden.

Aber ihr Versuch, sich mit diesem **Pauschalerhöhungsantrag** neue Freunde zu schaffen in einem Feld, das nicht als FDP-Hochburg gilt, ist zu durchsichtig.

So durchsichtig, dass da im Finanzausschuss nicht mal die Kolleginnen und Kollegen von der CDU zugestimmt haben.

Wir lehnen die pauschale Erhöhung ab, sehen aber schon bei einigen Verbänden Handlungsbedarf.

Deshalb erhöhen wir z.B. folgende Förderungen gezielt:

- der Zuschuss für den **Landesfamilienrat** wird um **20 T€** erhöht
- die Förderung für **Pro Familia** wird angepasst
- es gibt Projektmittel für **Familienpaten** in Höhe von **113 T€**
- der **Verband alleinerziehender Mütter und Väter** erhält eine Aufstockung um **17 T€**
- das **Mütterforum** bekommt **13 T€** mehr
- und die **LAG Jungenarbeit** wird gleichermaßen wie die **LAG Mädchenpolitik** zukünftig mit **50 T€** jährlich gefördert.

Mit unserem Koalitionspartner haben wir uns verständigt, für politische Schwerpunkte zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen:

- Die **Fachberatungsstellen für Opfer von Menschenhandel** erhalten **80 T€** mehr; die Arbeit der bestehenden drei Beratungsstellen wird abgesichert. Zusätzlich kann in Mannheim ein weiteres Angebot für die ärmsten Geschöpfe unter den Armen geschaffen werden.

- Das **Freiwillige Soziale Jahr** wird ab 2014 mit zusätzlich **200 T€** gefördert, damit wir dieses wichtige Angebot im Bereich der Freiwilligendienste auf hohem Niveau halten können.
- Wir stellen zusätzliche Mittel für die **Suchtprävention** zur Verfügung: **100 T€** pro Jahr in der Jugendhilfe und nochmals so viel für die Suchtkrankenhilfe.
- **300 T€** zusätzlich stellen wir der **Altenhilfe** zur Verbesserung ambulanter Strukturen und für innovative Projekte für neue Wohnformen insbesondere auch für demenzerkrankte Menschen zur Verfügung.

Damit wollen wir die Einführung des Gesetzes für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege begleiten, mit dem wir das Landesheimgesetz ablösen und neue Wohnformen für pflegebedürftige, psychisch kranke oder behinderte Menschen stärken wollen.

Hier sehen wir eine der großen **Zukunftsaufgaben der Sozialpolitik**. Bis 2030 werden in Baden-Württemberg 350.000 Menschen einen Pflegebedarf und damit einen enormen Bedarf an Fachkräften haben.

Dem Sozialministerium ist es trotz Sparzwängen gelungen, eine ganze Reihe von Maßnahmen, für die die Regierungsfractionen im letzten Jahr zusätzliche Mittel beantragt haben zu verstetigen, in einigen Fällen sogar den Ansatz zu erhöhen. Dafür sind wir sehr dankbar.

Wichtig ist uns, ein erster großer Aufschlag, mit dem wir die Herkulesaufgabe der Umsetzung der UN - Behindertenrechtskonvention angehen und das **Thema Inklusion** voranbringen wollen.

Für entsprechende Vorhaben wird die Finanzierung auf ansehnliche **2,1 Mio € im Jahr 2013 und 4,8 Mio € im Jahr 2014** aufgestockt.

Auf hohem Niveau halten wir die Mittel für die **Gesundheitsversorgung**:

Die Förderung der **Sozialpsychiatrischen Dienste** wird mit 4 Mio € verstetigt.

Wir reagieren damit auf die steigende Zahl von psychischen Erkrankungen und werden die notwendigen Hilfen in einem neuen Landesgesetz zusammenfassen.

Nicht zuletzt wird auch der Ansatz für die **Förderung der Krankenhausinvestitionen** nicht nur auf dem erhöhten Niveau von 2011 und 2012 gehalten, sondern nochmals um **je 25 Mio €** gegenüber 2012 in den beiden kommenden Jahren erhöht.

Ein deutliches Signal, dass wir zur **dualen Finanzierung der Gesundheitsversorgung** stehen und dass das Land seiner Aufgabe nachkommt, um den von der alten Landesregierung zu verantwortenden **Investitionsstau abzubauen**.

Meine Damen und Herren, **der Sozialhaushaltsplan 2013/14 kann sich sehen lassen.**

Selbstverständlich würden wir Sozialpolitiker gerne noch mehr von den Vorhaben, die wir im Koalitionsvertrag beschrieben haben, umsetzen – mit mehr Geld oder höherer Geschwindigkeit auf den Weg bringen.

Leider setzt uns die Finanzlage Grenzen, die wir respektieren müssen, denn auch ein solider Haushalt ist Voraussetzung, um die sozialen Herausforderungen der Zukunft bewältigen zu können.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.